

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Februar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: "Einrichtung von Studienkursen im Fach Sozialwissenschaften zur Verbesserung des Lehrangebotes zu den Fächern Politik und Sozialwissenschaften an den allgemeinbildenden Schulen"

(Bitte der Fraktion DIE GRÜNEN um Berichterstattung)

1

In einem kurzen Redebeitrag verdeutlicht die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Brunn, den Sachverhalt und verweist auf den entsprechenden Erlaß ihres Hauses. Sollten sich weitere Fragen ergeben, will der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN das Thema in einer der folgenden Sitzungen wieder aufgreifen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlagen 11/239, 11/273 und 11/346

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

2

Frau Ministerin Brunn erläutert, in welchen Bereichen der Einzelplan 06 von Einsparungen betroffen sein soll.

3 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/968

5

Der Antrag der Fraktion **DIE GRÜNEN**, heute auf eine Abstimmung zu verzichten, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der **GRÜNEN**, der **F.D.P.** und der **CDU** abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion **DIE GRÜNEN** angenommen.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende bestimmt.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

28.02.1991
ni-pr

Abgeordneter Apostel (SPD) weist darauf hin, daß die von Herrn Will genannte Endsumme noch um die aus der Stellenbesetzungssperre fließenden Einsparungen und um den Anteil des Einzelplans 06 an der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe zu reduzieren sei. Der Beitrag aus dem Etat für Wissenschaft und Forschung werde sich also auf über 11 Millionen DM belaufen.

Ministerialdirigent Fiege (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) bezieht sich auf das Thema "Großforschungseinrichtungen". Der Bundeshaushalt sehe diesbezüglich keine Kürzungen vor; die verhandelten Wirtschaftspläne seien bedient worden. Auch durch den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen erführen sie - bis auf eine aus technischen und sonstigen Gründen sich langsamer als geplant vollziehende Investition - keine Einschränkungen.

3 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/968

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) beantragt, die Abstimmung bis nach Auswertung der vor einer Woche durchgeführten Anhörung der Studentenwerke zurückzustellen.

Dieses Hearing habe den Abgeordneten viele Informationen geliefert, die Einfluß auf die zu fällende Entscheidung haben müßten. So hätten die Studentenwerke mehr Selbständigkeit gefordert - ein Wunsch, den viele Wissenschaftspolitiker dieses Hauses begrüßten - und verdeutlicht, daß bei Erfüllung dieser Voraussetzung über die Höhe des Sozialbeitrages neu zu diskutieren wäre.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) schließt sich für seine Fraktion dem Antrag an.

Im vorhinein habe Einigkeit bestanden, daß sich die Behandlung des Komplexes "Studentenwerkgesetz" nicht auf den Beschluß über die Erhöhung des Sozialbei-

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

28.02.1991
ni-pr

trages von 40 auf 50 DM beschränke, sondern weit darüber hinausreiche und u. a. die Gesamtorganisation der Studentenwerke sowie die Zuweisung der Mittel umfasse. Möglich wäre, daß sich nach Diskussion des Gesamtzusammenhangs aufgrund des Hearings in einigen Wochen die Notwendigkeit einer erneuten Änderung der Sozialbeiträge durch Festlegung anderer Modalitäten ergäbe.

Für die F.D.P.-Fraktion unterstützt der Vorsitzende den unterbreiteten Verfahrensvorschlag.

Abgeordneter Apostel (SPD) verweist auf die plenare Aussprache und erinnert daran, daß von seiner Fraktion u. a. zwischen der Erhöhung der Sozialbeiträge auf der einen und der Neuordnung des Gesamtkomplexes - das Hearing habe gezeigt, daß auch unterhalb der Gesetzesänderung Handlungsmöglichkeiten existierten - unterschieden worden sei.

Er empfehle, heute den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen.

Ministerin Brunn erklärt, die Mehreinnahmen von in 1991 rd. 4,2 Millionen DM sollten, abgesehen von ausgleichenden Preissteigerungen, schwerpunktmäßig für Verbesserungen im Bereich der Mensen genutzt werden. Es wäre schade, könnten die diesbezüglich anvisierten Maßnahmen jetzt wegen einer verzögerten Verabschiedung des Gesetzes nicht greifen. Eine sorgfältige Auswertung des Hearings führte frühestens in einem Jahr zu Gesetzentwürfen.

Frau Brunn bestätigt Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE) dann, daß sich die Landeszuschüsse durch die Anhebung der Sozialbeiträge nicht verringerten.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) erkundigt sich, ob es zutreffe, daß faktisch kostenneutrale Stellen nunmehr in den Haushalt eingestellt werden sollten.

Ministerin Brunn führt aus, ihr gehe es nicht um kostenneutrale Stellen, sondern vor allen Dingen um Stellen zur Verbesserung der Bediensituation in den Mensen und Cafeterien sowie um Investitionen, die es erlaubten, Mehrweggeschirr zu

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

28.02.1991
ni-pr

verwenden und die Wirtschaftlichkeit in den Mensen allgemein kurzfristig zu verstärken. Es bedürfe zur Verwirklichung dieser Absichten aber keiner Modifizierung des Haushalts; sie könnten im Rahmen des Haushaltsvollzugs durchgeführt werden.

Abgeordneter Schultheis (SPD) stellt noch einmal klar, daß es der SPD-Fraktion darum gehe, bei der Verbesserung der nicht immer guten und teilweise schlechten Situation in den Studentenwerken durch eine Koppelung der Erhöhung der Sozialbeiträge mit einer darüber hinausreichenden Gesetzesänderung kein Moratorium eintreten zu lassen. Anders wäre es auch nicht zu verstehen, daß die SPD-Fraktion beschlossen habe, dem Vorschlag des Finanzministers, 1 Million DM bei den Investitionsmitteln für Studentenwerke zu kürzen, nicht zu folgen.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, heute auf eine Abstimmung zu verzichten, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der GRÜNEN, der F.D.P. und der CDU abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende bestimmt.

gez. Schultz-Tornau
Vorsitzender

07.03.1991/08.03.1991